

Politiker stolpern über ihren Zweitwohnsitz

KOMMUNEN Bundestagsabgeordnete sorgen mit Steuergeständen gerade reihenweise für Schlagzeilen.

VON JULIA KILIAN, DPA

BERLIN. Grünenfraktionschef Anton Hofreiter hat die Anmeldung „einfach aus den Augen verloren“. Der Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Tankred Schipanski spricht von einem „privaten Versäumnis“. Und Maria Klein-Schmeink (Grüne) gibt an, die Abgabe als neue Abgeordnete „in dem Wust von neuen Anforderungen und Informationen“ übersehen zu haben. Was die Bundestagsabgeordneten versäumt haben: Ihre Zweitwohnung in Berlin anzumelden und dafür Steuern zu zahlen. Das ist in der Hauptstadt Pflicht – und längst nicht nur dort.

Ob Zweitwohnsitze besteuert werden, entscheiden Städte und Gemeinden selbst. Hamburg, München und Mainz zum Beispiel haben eine solche Abgabe. Die Bankenstadt Frankfurt/Main nicht. „Wir würden den Firmen hier das Leben schwermachen“, sagt ein Stadtsprecher. Denn die Steuer trifft oft Pendler. Aber auch Studierende.

Kritiker sprechen von „Abzocke“

Zur Kasse bitten die Kommunen die Menschen, die dort einen zweiten Wohnsitz haben. In der Regel müssen dann etwa zehn Prozent der Nettokaltmiete abgegeben werden, schätzt der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Betriebs- und Heizkosten zählen nicht mit. In Berlin sind es fünf Prozent der Kaltmiete, wenn man dort länger als ein Jahr wohnt. „Es gibt ganz viele unterschiedliche Regelungen“, erklärt Isabel Klocke vom Bund der Steuerzahler. Und die vielen Regeln sorgen für manchen kuriosen Fall und Rechtsstreit.

In Greifswald wurde vor Gericht mal entschieden, dass die Abgabe auch für eine Gartenlaube fällig werden kann. In Berlin muss man auch für Wohnwagen und Hausboote zahlen – wenn sie nicht bewegt werden. Das Bundesverfassungsgericht musste die Abgabe sogar schon mehrfach verhandeln. Für Ehepaare schuf das höchste deutsche Gericht eine Ausnahme: Zieht ein Partner wegen des Jobs um, muss er für den Zweitwohnsitz keine Steuer zahlen. Kritiker der Abgabe sprechen von „unfairer Abzocke“ oder einer „dritten Miete“. Die Kommunen sehen das ganz anders. Uwe Zimmermann vom Städte- und Gemeindebund findet: „Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.“ Denn für Erstwohnsitze bekämen Kommunen anteilig Geld

aus Zuweisungen vom Land. Für Menschen mit Zweitwohnsitz nicht, obwohl auch sie Parks, öffentliche Schwimmbäder oder Bibliotheken nutzen. Mit der Zweitwohnungssteuer hole sich die Kommune einen Teil der Kosten zurück, erklärt Zimmermann. Die Steuer macht der Verwaltung aber auch Arbeit. „Wenn das eine Handvoll Personen betrifft, dann lohnt sich das nicht.“

50 Euro Begrüßungsgeld

In Berlin scheint es sich zu rechnen. Der Hauptstadt brachte die Abgabe im vergangenen Jahr etwa 2,69 Millionen Euro ein – für etwa 17 000 Zweitwohnungen. Wer dort hinzieht, muss sich beim Bürgeramt melden. Das Finanzamt erfährt dann automatisch vom Erst- oder Zweitwohnsitz. „Landes- und Gemeindesteuern sind keine Steuern zweiter Klasse, die man einfach so vergessen oder ohne Konsequenzen ignorieren kann“, sagt Berlins parteiloser Finanzsenator Ulrich Nußbaum. Das Melde- und Steuerrecht gelte für alle. Dafür, dass neue Studenten in der Stadt ihren Erstwohnsitz anmelden, bekommen sie sogar 50 Euro Begrüßungsgeld.

Aus dem Bundestag haben sieben Abgeordnete eingeräumt, ihren zweiten Wohnsitz nicht versteuert zu haben. „Dass ich für die Zweitwohnung steuerpflichtig bin, war mir nicht bewusst“, teilte Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) mit. Der CDU-Abgeordnete Michael Kretschmer sagte: „Das ist superärgerlich.“ Und der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Niels Annen (SPD) will nachzahlen, so wie andere. Manche nennen Summen von 1500 Euro oder 2500 Euro. Ob Strafen auf sie zukommen, muss geprüft werden.

Vom Bundestag jedenfalls bekommen die Politiker eigentlich einen besonderen Service: Ziehen sie neu ins Parlament ein, erhalten sie jede Menge Infomaterial. Erwähnt wird da auch die Zweitwohnungssteuer.

KOMMUNEN VERDIENEN MEHR

► **Deutsche Kommunen** haben im vergangenen Jahr mehr Geld mit Zweitwohnungssteuern verdient. Insgesamt wurden 110,3 Millionen Euro eingenommen – etwa 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt auf dpa-Anfrage mitteilte. Seit 2003 haben sich die Einnahmen verdoppelt.

► **Wie viele einzelne Kommunen** in der Bundesrepublik mitkassieren, wenn Menschen bei ihnen einen Zweitwohnsitz anmelden, erfasst die Behörde nicht.

► **Berlin brachte die Abgabe** im vergangenen Jahr 2,69 Millionen Euro ein. Im Vergleich zu 2012 war das ein Plus von knapp 2,3 Prozent. (dpa)